

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 115.

Mittwoch, den 18. Mai 1898.

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Achtet auf die Wählerlisten!

Parteigenossen, Arbeiter!

Achtet darauf, daß jeder Wähler Einsicht in die Wählerlisten nimmt, welche vom 18. Mai an anzulegen werden! In jeder Werkstätte, auf jedem Bau, im Bekanntheitskreise, überall müßt Ihr auf die Nothwendigkeit hinweisen und nicht locker lassen, bis auch die Säumnigsten ihre Pflicht gethan haben. Parteigenossen, aufgepaßt!

Die Nationalliberalen und das Reichstags-Wahlrecht.

Die nationalliberale Partei ist weder fähig noch gewillt, zu irgend einer Frage eine entschiedene Stellung einzunehmen. Diese Grundlosigkeit der nationalliberalen Partei ist aber der größte Feind der Volksrechte. Ein nationalliberaler Kandidat ist darum für die Aufrechterhaltung des bestehenden Reichstagswahlrechts der unsicherste Bürge, den es nur geben kann.

Das war nicht immer so. Im Jahre 1867 erklärten die Nationalliberalen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für das feste Bollwerk der Freiheit, das, wie es in ihrem Programm hieß, wenn erst einmal der polizeilichen Verkümmern der Pressefreiheit und des Vereins- und Versammlungsrechts ein Ende gemacht sei, „die in die neue Zeit hineintragenden Trümmer des häuslichen Wesens wegräumen und die zugesicherte Gleichheit vor dem Gesetz endlich zur Wahrheit machen werde.“

Heute ist unser Wahlrecht für die nationalliberale Partei nicht mehr das „festeste Bollwerk der Freiheit.“ So ganz allmählig schwenkte man von solchen freiheitlichen Anschauungen ab. Im Programm von 1881 hieß es schon ziemlich allgemein: „Alle Bestrebungen gleichviel von welcher Seite sie kommen, welche auf die Schwächung der verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung gerichtet sind, wird die Partei mit Entschiedenheit bekämpfen.“ Und gar im Wahlaufzuge von 1893 ist von dem einstigen Eintreten für das freiheitliche Wahlrecht so gut wie nichts mehr übriggeblieben. Da heißt es nur noch: „Seit ihrer Enttöschung hat unsere Partei selbstlos für die nationale Einheit, für verfassungsmäßige Freiheit, für verfassungsmäßiges Recht gestritten. Sie wird ihrer nationalen Pflichten, ihrer liberalen Ziele auch in dieser schweren Zeit eingedenk bleiben.“ Mit keinem Wort wird die Aufrechterhaltung des bestehenden Rechts betont! Warum wohl nicht? Weil die Freundschaft für das sicherste Bollwerk der Freiheit ganz erheblich abgeklüftet war.

Das zeigte dann aufs deutlichste die Haltung des allgemeinen Delegirtentages der nationalliberalen Partei vom Jahre 1896. Auf diesem war von Professor Dr. Lehmann (Marburg) der Antrag gestellt, in die Resolution betreffend allgemeine Stellung der Partei den Zusatz aufzunehmen: „Aufrechterhaltung des bestehenden Reichstagswahlrechts.“ Professor Lehmann begründete seinen Antrag damit: „Aber andererseits halte ich es für dringend wünschenswerth, daß von parteiwegen ausgesprochen wird: „Die Partei steht auf diesem Grundsatz!“ Wird uns doch immer von den verschiedensten Seiten vorgeworfen, daß wir die Absicht hätten, das Reichstags-Wahlrecht zu beschränken. Dem gegenüber wünschte ich eine klare und offene Aussprache dahin, daß wir an dem bestehenden Reichstags-Wahlrechte festhalten.“

Nun, der Delegirtenstag ist dieser klaren und offenen Aussprache ausgemichen. Er hat dieselbe gegen etwa 160 Stimmen abgelehnt und für überflüssig erklärt. Da 419 Delegirte abstimmten, so waren mehr als zwei Drittel gegen diesen wichtigen Zusatz. Und damit diese Abstimmung auch den richtigen Kommentar erhalte, haben im Jahre 1897 Mitglieder der nationalliberalen Partei im politischen Handbuch für nationalliberale Wähler folgende Drohung gegen das allgemeine Wahlrecht erlassen:

„Wenn nun die nationalliberale Partei sich als aufrichtig(?) liberale Partei zu dem gegebenen Wahlrechte bekennt, so glaubt sie aber auch berechtigt und angeht gewisser Zeitströmungen ernstlich veranlaßt zu sein, nochmals darauf zu verweisen, daß kein Freiheits- und Selbstbestimmungsrecht voraussetzungslos gegeben sei, am wenigsten ein so bedeutungsvolles wie das Reichstags-Wahlrecht. Es wird nicht mit

blühenden Phrasen, sondern nur durch verständigen Gebrauch anrecht erhalten.“

Das heißt also, wenn die nationalliberale Partei der Meinung wird, daß das bestehende Reichstags-Wahlrecht nicht verständig vom Volke gebraucht werde, so wird sie nicht zögern, diese Hochburg der Freiheit zusammen mit den übrigen Reaktionen zu stürzen.

So präsentiert sich die offizielle Stellung der nationalliberalen Partei zum Reichstags-Wahlrecht. Gleich der konservativen Partei ist die nationalliberale Partei in ihres Herzens Grunde Feindin des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts, wenn sie auch in ihren offiziellen Äußerungen sich etwas unsicher, oder sagen wir richtiger: schlauer und heuchlerischer als jene andere Partei verhalten hat.

Einige weitere Belege aber aus der neueren Geschichte der nationalliberalen Partei werden die obigen Beweisstücke noch werthvoll ergänzen.

Als der Abg. Rösicke aus der nationalliberalen Fraktion und Partei austrat, legte er die Gründe seines Handelns in der Deffentlichkeit klar. Da setzte Herr Rösicke unter anderem auch auseinander, daß er immer im Widerspruch mit der Mehrheit der nationalliberalen Partei gegen jeden Versuch der Aenderung des Wahlgesetzes sei. Herr Rösicke konnte doch sicherlich die Anschauungen seiner Fraktionsgenossen in dieser Beziehung. Er hielt sie solcher Aenderungen des Wahlgesetzes für durchaus fähig.

Und weiter. Auf dem Parteitage der Nationalliberalen in Berlin 1896 wurde offiziell, um den Antrag des Professors Lehmann bequemer abzutun, erklärt: „Der das bestehende Wahlrecht ansieht, tritt außerhalb des Rahmens der Partei.“ Das klang nach Ueberzeugungstreue und Festigkeit. Nun wurde unter Führung des bekannten Nationalliberalen Dr. Semler in einer vom nationalliberalen Reichstags-Wahlverein in Hamburg am 28. November 1895 einberufenen Versammlung eine Resolution angenommen, welche den Reichstanzler ersucht, in Erwägung zu nehmen, in welcher Weise durch Gesetz dem auf Umsturz der Staatsordnung gerichteten Mißbrauch des allgemeinen Wahlrechts durch die Sozialdemokratie im Wege der Einschränkung dieses Wahlrechts, sei es durch Einfügung einer höheren Altersgrenze, sei es durch die Forderung einer längeren Seßhaftigkeit im Wahlkreise oder sonstwie, die Spitze abzuschneiden ist. Die Hamburger Nationalliberalen, an ihrer Spitze Dr. Semler, fochten ohne Zweifel das bestehende Wahlrecht mit dieser Resolution an, sie traten also laut Erklärung vom Parteitag in Berlin, außerhalb des Rahmens der Partei. Wie dokumentierte sich aber diese angedrohte Acht? Derart, daß derselbe Dr. Semler auf dem Berliner Parteitage eine führende Rolle spielte und kein einziges Mitglied der Partei daran erinnerte, daß der Mann außerhalb des Rahmens der Partei stehe.

Endlich einige Aeußerungen aus der nationalliberalen Presse, welche alle Zweifel darüber unmöglich machen, daß die nationalliberale Partei im gegebenen Falle zu jeder Verschlechterung, zur Vernichtung des Reichstagswahlrechts durchaus bereit sein würde. In der Tagespresse läßt man ja, wenn einmal bei irgend einer Gelegenheit das Herz überläuft, viel ungeschminkter seine wahren Absichten erkennen als auf Parteitag, wo jedes Wort vorsichtig berechnet wird.

Als im Hochsommer 1894 der Sturm gegen die Sozialdemokratie tobt und es hieß, Preußen wolle zunächst auf eigene Faust vorgehen, da schrieb in den „Hamburger Nachrichten“ ein Parlamentarier, ein nationalliberaler Reichstags-Abgeordneter:

„Man sagt, ein entsprechender Gesetzentwurf für das ganze Reich würde im Reichstage keine Majorität finden. Nun, wenn nicht in dem gegenwärtigen, so doch vielleicht in dem künftigen! Und wenn sich, was wir nicht glauben, herausstellte, daß auf der bisherigen Grundlage überhaupt kein Reichstag mehr zu erzielen wäre, der dem Reiche den notwendigen Schutz gegen die schlimmsten Lebensgefahren gewährte, so müßte eben die Grundlage geändert, nicht aber dürfte das Reich deswegen in seiner bisherigen gesetzgeberischen Zuständigkeit geschmälert werden.“

Hören wir ferner die „Rheinische Zeitung“, das führende Parteiblatt am Rhein. Sie meinte im November 1895 angesichts einer Besprechung einer „vernunftgemäßen“ Gestaltung des Wahlrechts: „Mit kleinen

Mitteln wird überhaupt den Schäden und dem Wüßens der gleichen Stimms nicht abzuwehren sein.“ Und ein anderes nationalliberales Organ, die „Rheinische Zeitung“ schrieb im Hochsommer des Jahres 1895: „Gegen die sozialdemokratische Gefahr hilft nur eine Maßregel, welche die Ursache an der Wurzel faßt, nur die gründliche Reform des Wahlgesezes.“

Und zuletzt aber nicht am leichtesten wiegend eine Auslassung des offiziellen Organs der Parteileitung, der „Nationalliberalen Correspondenz“:

„Es mit dem gegenwärtigen Reichstag eine Bekämpfung über eine Ordnungsgebung nicht zu erreichen, so muß man auf's Neue die Wähler anrufen. Sie denken in solchen Fragen oft praktischer und nüchtern, als die vielen Phrasendrescher und Prinzipienreiter. Und schließlich, wenn sich diese Zusammensetzung des Reichstages als unüberwindliche Thatsache herausstellt, darf man auch vor den äußersten Konsequenzen nicht zurückschrecken, falls es die Lebensfähigkeit des Reiches erfordert.“

Also auch der Staatsstreich ist den Nationalliberalen ebenso willkommen wie den Konservativen.

Wir begnügen uns mit diesen Ausführungen. Wir könnten leicht noch mit mehr dienen. Aber mächtiger als alle Worte und über alle Zweifel erhaben sind die Thaten der nationalliberalen Partei, welche bereits der Geschichte angehören.

Im Königreich Sachsen waren es nationalliberale Männer, welche an der Spitze jener sächsischen Volkserhebung standen, die vor zwei Jahren durchgeführt wurde. Selbst haben sie das, was sie einst „das festeste Bollwerk der Freiheit“ nannten, zerstört.

Und was die Nationalliberalen meuchlings und hinterücks in Sachsen gethan haben, das werden sie auch im Reiche thun, sobald sie sich mit Sicherheit mit den andern Reaktionen dazu stark genug fühlen.

Darauf können die deutschen Wähler heute schon Gift nehmen!

Darum heißt es am 16. Juni: Beuge vor! Fort mit den nationalliberalen Volksfeinden!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Angst vor den Stichwahlen haben die reaktionären Parteien. Ihre Organe begrüßen deshalb mit Freuden die von uns bereits mitgetheilte Anordnung, daß die Stichwahlen schon am 24. Juni, also acht Tage nach der Hauptwahl, stattfinden sollen. Sie erhoffen von dieser Abkürzung der Zwischenzeit and dem Stattfinden sämtlicher Stichwahlen an einem Tage etliche Vortheile. So schreibt die „Nationalliberale Correspondenz“:

„Die Parteizersplitterung hat gegen das letzte Mal zugenommen. Krethi und Plethi der Versträngung und Verhekung hat seine Hoffnung auf die Stichwahlen gesetzt; 1893 waren nur in 217 Wahlkreisen endgültige Entscheidungen gefallen; 180 Stichwahlen fanden statt, mehr als je zuvor. Diesmal läßt sich mit Sicherheit darauf rechnen, daß über 200 Stichwahlen vorgenommen werden müssen. Auf unklare Gesichte bei den Stichwahlen vor Allem aber hat der Radikalismus seine Hoffnungen gesetzt; heute sollen die Wähler hier, morgen dort, übermorgen wieder wo anders zu unnatürlichen Wahlbündnissen wider alle politische Vernunft und eigene Ueberzeugung geziehen werden. Das ist nach Möglichkeit ausgeschlossen, wenn die Stichwahlen an einem Tage stattfinden; dann bleibt es den Wählern überlassen, sich nach einer unverkürzten Ueberzeugung aus den Verhältnissen des Wahlkreises heraus zu entscheiden. Das eigene Urtheil, das eigene Pflichtgefühl hat dann in der Hauptsache zu entscheiden, und der Geist, der stets verneint und seine Hoffnung lediglich auf das Zusammenwirken aller Unzufriedenheit setzt, muß sie wenigstens halbwegs gewähren lassen.“

Das sind doch herzlich dumme „Rechtfertigungen.“ Ist es doch grade Krethi und Plethi der reaktionären Parteien, was da bei den Stichwahlen im Trüben zu fischen hofft! Wenn dann den Nationalliberalen so viel auf die Entscheidung des Bürgerthums nach einer „eigenen“ und „unverkürzten“ Ueberzeugung ankommt, ei, so mögen sie doch ihre ganze Wahlagitation unterlassen und sich hüten, auf die freie Ueberzeugung einzuwirken. In Wahrheit wünschen die Reaktionen, daß der Wahlschwindel, den sie bis zur Hauptwahl betreiben, sich auch bei der Stichwahl noch zugkräftig erweise.

Eine neue Postnovelle mit ähnlichem Inhalt wie die unerledigt gebliebene, soll, wie die „Verkehrszeitung“ mittheilt, dem neuen Reichstage zur Beschlussfassung vorgelegt werden. In dem neuen Entwurf werde auch eine Entschädigung der Privatposten vorgesehen sein. Um in dieser Beziehung geeignete Unterlagen zu gewinnen, hätten Besprechungen mit verschiedenen Privatgesellschaften stattgefunden.

Italien.

Von dem Kampfe in Mailand. Von einem Reisenden, der in die Wirren der Mailänder Aufstände hineingerathen war, erhält das „Budapester Tageblatt“ einen längeren Bericht. Daraus heben wir eine Stelle hervor, die trefflich die Wuth charakterisirt, mit der gefochten worden ist. „Ich sah“, schreibt der Korrespondent, „Weiber und Kinder von den Rosseshufen der attackirenden Kavallerie zertreten; ich sah Studenten einen alten Unteroffizier niederwerfen, den sie, von einer Truppe versprengt, aufgriffen. Ich sah einen jungen Menschen, dem ein abgebrochenes Bajonnet im Leibe steckte, noch fallend Schüsse auf die Soldaten abgeben. Ich habe früher oft gehört, daß die Italiener eine wenig kriegerische Nation sind, was ich aber in Mailand sah, muß unwillkürlich die Frage wachrufen, woher diese Leute diese tollkühne Todesverachtung hatten. Der Hunger soll es gewesen sein. Es ist immerhin möglich, aber ich hätte das nicht für denkbar gehalten.“

Der schweizerische Bundsrath hat auf eine Beschwerde des italienischen Gesandten in Bern die Erklärung abgegeben, er werde nicht gestatten, daß die Schaares revolutionärer Italiener, die sich an verschiedenen Orten der Schweiz behufs feindseliger Unternehmungen gegen Italien zusammenrotteten, vereinigt die italienische Grenze überschreiten; er werde dies selbst dann verhindern, wenn diese Banden unbewaffnet seien.

Minister Rudini hat die Kühnheit gehabt, in einem Rundschreiben die Unruhen als von Hekern angezettelt zu bezeichnen und seine Freude darüber auszusprechen, daß das Militär so schneidig vorgegangen sei und Ruhe gestiftet habe. Ein würdiger Genosse des Dreibundes! Etwas „Ruhm“ that der italienischen Armee freilich noth. Wenn sie in Afrika geschlagen wird, erringt sie sich wenigstens Vorbeeren im Kampf gegen schlechtbewaffnete Landsleute, die der Hunger zur Verzweiflung treibt.

Ein offizielles Blatt behauptet, in Mailand habe es „nur“ 81 Tode und 215 Verwundete gegeben.

Ein sozialistischer Deputirter, Besetti, der von der Polizei verfolgt wurde, flüchtete in das Kammergebäude und weigerte sich, es zu verlassen. Die Polizei darf das Gebäude nicht betreten, weshalb die Regierung in großer Verlegenheit ist.

Aus Ponte Chiasso wird vom 15. Mai gemeldet: Heute Nachmittag traf hier ein Sonderzug mit 400 italienischen Arbeitern ein, der bis Chiasso (schweizerisch-italienische Grenze) von einer Compagnie schweizerischer Soldaten begleitet war. Diese hatten die Italiener dort am Aussteigen verhindert und ließen den Zug bis Ponte Chiasso fahren, wo sie ihn einer Compagnie italienischer Bersaglieri auslieferten, die ihn bis Como brachten. Zwei Individuen, die auf dem Bahnhof von Chiasso die italienischen Arbeiter mit lauter Stimme aufgefordert hatten, auszustiegen, wurden von Schweizer Gendarmen verfolgt.

Lübbeck und Hamborgere.

17. Mai.

Achtung, Tischler! Wegen Verlängerung der Arbeitszeit haben die bei Zimmermeister Torkuhl beschäftigten Kollegen die Arbeit eingestellt. Zugang ist streng fernzuhalten. Die Lohnkommission der Holzarbeiter.

Achtung, Bäcker! Ueber die Brodfabrik von Ewers, Kommandit-Gesellschaft, Rabeburger Allee 106, ist wegen Entlassung von drei Kollegen die Sperre verhängt. Zugang ist fernzuhalten.

Der Vorstand

der Zahlstelle Lübeck des „Deutschen Bäcker-Verbandes.“

F. A.

R. Hermann.

Aus alten Papieren. Unsere „reichstreuen“, „nationalgesinnten“ Gegner verschmähen es bekanntlich, in öffentlichen Versammlungen den „berufsmäßigen Hekern und Agitatoren“ entgegen zu treten und deren „Irrelehren“ zu bekämpfen, sie tagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit, nur „Wähler der bürgerlichen Parteien“ haben Zutritt, wenn ihre Kandidaten reden, und verlangt ein Sozialdemokrat das Wort, um die oft erbärmlichen Verleumdungen seiner Partei zurückzuweisen, so verweigert man es ihm. Nur „Anfragen“ dürfen gestellt werden. Das war nicht immer so. Als unsere Partei in Lübeck noch jung und im Aufblühen begriffen war, rückten die Reichstreuen in hellen Haufen in unsere Versammlungen, rissen das Bureau an sich und benahmen sich uns gegenüber im höchsten Grade terroristisch. Es dürfte nicht unangebracht sein, einmal wieder einige Ereignisse jener Zeit aufzufrischen. Die Schilderungen sind in mancher Beziehung lehrreich.

Am 6. Juli — so schreibt der „Vorwärts“ in seiner Nummer 89 vom 31. Juli 1878 — hatten wir eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die bevorstehende Reichstagswahl“ angesetzt. Genosse Heyer hatte das Referat übernommen. Zu dieser Versammlung hatten sich auch die liberal-konservativ-reaktionären „Reichsfreunde“ schon 2 Stunden vor der Eröffnung in großer Masse eingefunden. Als die Arbeiter um 8 Uhr das Lokal betraten, konnten nur wenige Platz finden, die

meisten mußten draußen bleiben. Halb 9 Uhr eröffnete Genosse Steffen die Versammlung, um nur die Herren Reichsfreunde, welche einen Fei den s k a n d a l machten, zur Ruhe zu bringen. Das Bureau kam natürlich in die Hände der Reichsfreunde, und wurde Herr Dr. Drehmer zum Vorsitzenden gewählt. Außerdem die Herren Schweighofer, Oberlehrer Sartori und Ernst. Letzterer ist Präses des Arbeiter- oder Kampfgenoßen-Vereins. Die Herren Kampfgenoßen und Arbeiter waren recht zahlreich vertreten, deshalb hatte man wohl aus Anerkennung Herrn Ernst mit in's Bureau „ernannt.“ Herr Dr. Drehmer brachte, bevor er zur Tagesordnung überging, ein Hoch auf den deutschen Kaiser aus, worin unsere Reichsfreunde kräftig einstimmten. Gen. Heyer entwickelte, anknüpfend an die hiesigen Verhältnisse, in kurzen Zügen unsere Stellung zur bevorstehenden Reichstagswahl unter fortwährenden gemeinen Zurufen der Gegner. Hierauf erhielten die Herren Dr. Görtz und Dr. Wenda das Wort. Dieselben schimpften in der gewöhnlichen Weise auf unsere Partei, brachten die alten Phrasen, die man uns vor 10 Jahren schon entgegenstellte. Hierauf erhielt Genosse Schwarz das Wort; diesem war es ein Leichtes, diesen Unsinn zu widerlegen. Dann sprach Oberlehrer Sartori. Seine Rede gipfelte in persönlichen Bemerkungen. Schwarz sei ein Mann, der aus voller Ueberzeugung spreche, aber der Heyer sei ein Heher. Um nun die Sozialdemokraten gänzlich zu vernichten, nahm der Dr. Görtz das Wort und erklärte, der Hofbau Rath Demmler sei aus unserer Partei ausgetreten, daran könne man sehen, was das für eine Partei sei, alle anständigen Leute lehnten dieselben den Rücken. So war der Haupttrumpf ausgespielt — glaubte der weise Dr. Görtz. — Zufällig hatte Heyer vom Genossen Demmler Briefe bei der Hand, welche, mit den dazu gehörigen Bemerkungen, ein trefflicher Dämpfer für die begeisterten Liberalen waren. Gesenken Hauptes, wie bestrafte Schulbuben, saßen die muthigen Reichsfreunde da, und als Heyer ein Hoch auf Genossen Demmler und die Sozialdemokratie anbrachte, worin die Versammlung begeistert einstimmte, war den Helden vollends das Herz in die Hosen gefallen. — Den anderen Tag brachten die hiesigen Zeitungen natürlich die glänzendsten Siegesberichte über die Versammlung. — Zu Mittwoch, den 10. d. Mts., beriefen wir wieder eine Volksversammlung ein, die Reichsfreunde bittend, für rege Theilnehmung zu sorgen. Da war ein reges Leben in unserem ruhigen Lübeck, sämtliche Krieger wurden brieflich dazu eingeladen, die ehrwürdige Corporation der Träger mußte, wie verlautet, auf Befehl der Handelskammer um 6 Uhr Feierabend machen, es galt ja die Reichsfreunde zu vernichten. Eine zahlreiche Menschenmenge strömte nach unserem Vereinslokal, der Stunde harrend, daß das Lokal geöffnet werde. Endlich, als die ersuchte Stunde schlug, entstand ein Gedränge, wie man es hier wohl noch nicht erlebt hat. Mäander wohlbesetzte Reichsfreunde mußte, um das Vaterland zu retten, dicke Schweißtropfen vergießen, aus mancher vaterlandstreuem Brust entdrangen sich die Worte: „Ach wär ich bei Muttern geblieben.“ Aber es half nichts, aus diesem Strom war kein Entrinnen möglich. — Hinein in den Saal! war die Parole. Genosse Steffen eröffnete die Versammlung. Bei der Bureauwahl erhob sich ein Lärm, der in einem Hottentottentraal nicht schlimmer sein kann. Noch Ansicht unserer Genossen und unparteiischer Leute hatten wir die Majorität, aber um die Brüller zu beschwichtigen und zu verhüten, daß die Versammlung aufgelöst werde, verzichteten wir auf das Bureau. Als dieses konstituit war, erhielt Genosse Hartmann aus Hamburg das Wort zur Tagesordnung: „Proklamirung des Arbeiterkandidaten.“ Derselbe entwickelte die Stellung der liberalen Partei zur bevorstehenden Reichstagswahl, darauf hinweisend, daß nicht wir, sondern sie an die Wand gedrückt werden sollten. Indem er unsern alten bewährten Parteigenossen Th. Schwarz aus Lübeck unter stürmischem Jubel der Arbeiter als Kandidaten derselben proklamirte, mochte manchem Reichsfreund bekommen bei der Rede Hartmanns geworden sein. Da beantragte Dr. Wenda Schluß der Versammlung. Die Genossen Heyer und Schwarz waren noch in die Rednerliste eingetragen. Der Vorsitzende ließ abstimmen und erklärte, obgleich wir anderer Ansicht waren, den Schlußantrag für angenommen. Das war sehr „taktvoll“, unserm Kandidaten das Wort zu entziehen. Man noch einiges über den Erfolg. Zu Sonntag, den 14. Juli, hatten wir eine Volksversammlung einberufen, die Reichsfreunde um Theilnehmung bittend. Aber an vielen Stellen waren unsere Plakate verschwunden, Mittags klebten meterhohe blaue Plakate an den Ecken, Nachmittags durchzogen Plakatträger die Stadt. Der Inhalt war: nicht in die Versammlung der bösen Sozialdemokraten zu gehen. Trotz aller Abmachung war unsere Versammlung gut besucht. Der „Heher“ Heyer sprach zur Tagesordnung: „Die falschen Berichte der Zeitungen und das taktvolle Benehmen der liberalen Partei.“ Mit Leichtigkeit entledigte er sich seiner Aufgabe. Die Tagesversammlung für den Wahlsond ergab 38,50 M. Die Versammlung beschloß, den Liberalen für die rege Agitation, die sie für uns betrieben, in den hiesigen Blättern ihren Dank abzustatten.

Soweit der Bericht, welcher ein anschauliches Bild aus den Anfängen der Lübecker Bewegung giebt. Damals ein kleines, aber kampflustiges, unermüdetes und unverwundliches Häuflein — man denke: in 8 Tagen 3 große Volksversammlungen! — bedrängt von übermächtigen Gegnern, die mit den schädlichsten Mitteln rücksichtslos vorgingen, heute Tausende organisirter, Klassenbewußter Genossen, bereit, das Joch der Gegner endgültig zu brechen. Sie werden beweisen, daß zwar die alte Schale

geschwunden ist, daß aber der alte, gute Kern, die Lust zum Vorwärtsstürmen geblieben ist. Sie werden sich am 16. Juni ihrer Vorkämpfer würdig zeigen. Und unsere Gegner? Ach, sie haben längst die Hände in den Schoß gelegt, höchstens schimpfen sie hinter dem warmen Ofen heraus, wie zahlose Greise. Darin sind sie sich freilich gleich geblieben: Das Verläumben und Verbrechen verstehen sie so gut wie damals —

Zum Teufel ist der Spiritus,
Die Schimpflust ist geblieben.

Vom Wahlausruf der nationalliberalen Partei. Zur Empfehlung des Herrn Hermann Gebhard wird in dem bereits erwähnten zitronengelben Flugblatt u. A. gesagt, er sei „ein Mann von nationaler Gesinnung, seit fast zwei Jahrzehnten mit dem hanseatischen Leben aufs Innigste vertraut, in sechsjähriger eifriger Thätigkeit im Reichstage parlamentarisch geschult, bietet uns die größt Mögliche Gewähr dafür, daß er unsern Freistaat im Sinne seiner Bevölkerung würdig und wirksam vertreten wird.“ Von entschieden liberaler Gesinnung wird er, getreu dem freisinnigen Geiste, für ungeschmälerter Erhaltung der Volkrechte und für Freiheit der Bewegung sowohl im öffentlichen Leben, wie im Handel und Verkehr eintreten, zugleich aber auf fürsorgliche Förderung derjenigen Berufsclassen Bedacht nehmen, welche, wie das Handwerk und die Landwirtschaft, sich durch den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung zeitweilig in ihrem Gedeihen schwer behindert sehen. — In ganz Deutschland bekannt sind seine Bestrebungen zum Wohle der Arbeiter, Bestrebungen, die nicht, wie diejenigen der Sozialdemokratie, auf den Umsturz der bestehenden Staatsordnung und auf Beseitigung des Eigenthums, der Familie und der Freiheit und Selbstbestimmung der Staatsbürger hinauslaufen, sondern die unter Wahrung unserer nationalen, politischen und wirtschaftlichen Ererungenschaften auf eine wahrhaft praktische, das Erreichbare in's Auge fassende Sozialpolitik gerichtet sind. Wie er schon im Reichstage und danach in seiner hiesigen amtlichen Thätigkeit führend und behutsam auf diesem Gebiete gewirkt und sich hohe Verdienste um die Arbeiter, speziell um diejenigen der Hansestädte, erworben hat, so wird er auch nach seinem Wiedereintritt in den Reichstag dort seine gründliche Sachkenntnis und sein warmes Interesse für deren Wohl erfolgreich zu verthätigen wissen. Denn der Thätigkeit eines Mannes von dieser Art, der an keine wirtschaftliche Interessengruppe gekettet ist, sondern nach allen Seiten unabhängig tastet, und der gewohnt ist, das von ihm für Recht Erkannte unentwegt bis zum Ziele durchzuführen, kann es an praktischen Erfolgen nicht fehlen, und seine Wahl wird unserem Volke zum Segen und unserm Wahlkreise zur Ehre gereichen.

Diesem auf grobe Täuschung der Wähler berechneten Lobgesange gegenüber sei nur darauf hingewiesen, daß Herr Gebhard der nationalliberalen Partei angehört. Was es da mit der „ungeschmälerter Erhaltung der Volkrechte“ und der „Freiheit der Bewegung“ auf sich hat, brauchen wir kaum nachzuweisen. Wie diese Partei zum Wahlsrecht steht, zeigt der heutige Leitartikel zur Gebühr auseinander. Wie sie sich die Freiheit der Bewegung im öffentlichen Leben vorstellt, beweist der Umstand, daß sie ständig für die Verlängerung des Sozialistengesetzes gestimmt hat, und zwar war das gerade zu einer Zeit, wo Herr Hermann Gebhard als Angehöriger der Partei den 19. hannoverschen Wahlkreis im Reichstage vertrat! Und wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß, wenn von oben herab wieder neue Anbelagerungen gemünzt, die Nationalliberalen gehoramt wieder Handlangerdienste leisten wird, wie zu der Zeit, wo Bismarck's Kürassierstiefel sie traten, bis sie quietstun. Wir möchten Den kennen lernen, der nach den Erfahrungen, die das deutsche Volk seit langen Jahren mit der nationalliberalen Partei gemacht, jene Behauptung des Flugblattes, die dem Wahlprogramm entnommen ist, nicht für eine ganz plumpe Wahlmache erklärt, ebenso plump, wie der weitere Versuch, die Sozialdemokratie mit den abgedroschenen Lügenphrasen der Reptilienpresse zu verdächtigen. Wir haben diese landläufigen Verläumdungen bereits eingehend beleuchtet. Kein vernünftiger Mensch wird sich damit mehr einfeilen lassen. Es muß windig um Argumente unserer „Nationalgesinnten“ bestellt sein, wenn sie nicht Besseres finden können. Unendlich einfältig ist es schließlich, die unbestreitbar anerkannteswerthe und verdienstliche amtliche Thätigkeit des Kandidaten für ihn ins Feld zu führen. Das heißt denn doch, aus seiner Pflicht eine Tugend machen. Wir wollen gerne erklären, daß Herr Gebhard ein geschickter und fleißiger Beamter ist, — das können aber die Steuerzahler auch von ihm verlangen, wie sie es von jedem Beamten als Diener der Gesamtheit fordern. Die Wähler werden durch den Hinweis auf die Beamtenqualität des Kandidaten übrigens eher abgeschreckt, ihn zu wählen, als angepornt. Man weiß, wie es heutzutage um die „Unabhängigkeit“ der Beamten bestellt ist, und selbst in konservativen Kreisen wehrt man sich dagegen, ihnen parlamentarische Würden zu übertragen.

Der Wahlausruf meint, die Kandidatur Gebhard habe auch außerhalb des Reichvereins lebhaftes Zutrauen gefunden. Die Verfasser vertuschen damit die Thatsache, daß sie längst sich selbst gesagt haben: Wir haben einen schlechten Griff gethan. Denn die Sympathie für die Person des Kandidaten hat sich auf seine Kandidatur nicht übertragen. In bürgerlichen Kreisen steht man ihr kalt gegenüber und bringt das auch offen zum Ausdruck.

Arbeiter werden jedenfalls dem nationalliberalen Meantem die Vertretung ihrer Interessen nicht anvertrauen!

m. Die Strafkammer des Landgerichtes verhandelte am Montag über zwei Fälle. — Der Arbeiter P. aus Cutin war vom hiesigen Schöffengericht wegen vollendeten und versuchten Diebstahls zu 10 Tagen Gefängnis sowie zur Tragung der Kosten verurteilt worden. P., Mitglied einer Arbeiterkrankenkasse in Cutin, meldete sich am 5. Dezember v. J. krank, am 12. erhob er sein Krankengeld in Höhe von 7 Mk., doch als er am 19. abermals Krankengeld erheben wollte, war sein Betrag schon entdeckt. Der Kassier vorgenannter Kasse hatte nämlich inzwischen schon erfahren, daß P. der ärztlichen Anordnung entgegen die ganze Zeit gearbeitet und auch seinen Wochenlohn dafür beansprucht hatte. P. bestreitet heute, gearbeitet zu haben. Er habe seinem Arbeitgeber mitgeteilt, daß er krank sei und habe ihn dieser nur zur Beaufsichtigung anderer Arbeiter nach Rhebov geschickt. Das Gericht konnte sich den Ausführungen und Rechtsbegriffen des Angeklagten nicht anschließen und bestätigte das Urteil des Schöffengerichtes. — Der reisende Handlungs-Kommiss D. aus Bochum hatte sich wegen Diebstahls zu verantworten. Der Angeklagte, welcher geständig ist, einen Koffer mehrere Kleidungsstücke gestohlen zu haben, wird in Anbetracht seiner vielen Vorstrafen zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. D., welcher bisher in Untersuchungshaft war, tritt seine Strafe sofort an.

=: Vehlendorf. Eine Wählerversammlung, welche von den antisemitischen Agrariern einberufen war und an welcher ganze 23 Personen teilnahmen, tagte hier am Sonntagmorgen. Herr v. Puth erläuterte die Bestrebungen des Bundes der Landwirthe, der Reichstagskandidat Lauenstein sein Wahlprogramm. Der Bündlerkandidat zeigte sich groß im Versprechen, wie er denn überhaupt in dieser Hinsicht in die Fußstapfen des Dr. G. v. G. treten zu wollen scheint. Sozialdemokratie und Judenthum nahm er böse mit. — Obwohl die Versammlung hauptsächlich geheimgehalten war, hatten doch Gegner Wind davon bekommen. Genoss. K. Mann-Lübeck, dem freilich nur 10 Minuten Redezeit gewährt wurden, trat den Ausführungen der Bündler scharf entgegen und vertrat den Standpunkt unserer Partei mit Geschick. Bezeichnend für die Herren Agrarier ist, daß sie die Juden als Ulfraut bezeichneten. — Die Wölpe haben in Vehlendorf nicht sonderlich glänzend abgeschnitten.

© Cutin. „Nun ist der grobe Lärm abgeklungen,“ der Bauernbund im Fürstenthum nämlich, der in seiner Versammlung am Sonntag trotz heftiger Opposition die Kandidatur Dr. Semlers akzeptierte. Aber wie große Mühe kostete es dem Bundeshirten, Herrn Weber-Dumtelsdorf, seine Bundesgeschäfte davon zu überzeugen, daß der Sammelkandidat der wahre Jakob sei. Himmel und Erde, einen himmlischen Frieden und Richter — Herrn Pastor Reider aus Ratkau — und einen irdischen — Herrn Amtsrichter v. Heimburg aus Schwartau — mußte er zu diesem Zwecke in Bewegung setzen. „Gott behüte mich vor solchen Freunden“ hätte Herr Dr. Semler ausgerufen, wenn er

zugegen gewesen wäre; denn in ihrem eifrigen Bestreben, ihn und seine Kandidatur über das Bohnenlied zu loben, haben ihn die Herren „arg, sehr arg“ kompromittiert.

Herr Weber erklärte, in einer stündigen Unterredung mit Herrn Dr. Semler sei er auf „keinen einzigen Gegenstand“ gestanden, der Herr Semler „über der nationalliberalen Partei, der Partei der Doppelgänger,“ er sei mit Haut und Haaren agrarisch, wolle das Programm nur „formell“ nicht unterschreiben, weil ihm sonst die Viehzüchter in Oldenburg nicht ihre Stimmen geben würden und er dadurch also ein vollstündiger Mann wäre.“ (1) Der Bundesvorstand in Berlin habe jedoch auf die private Unterredung Webers mit Dr. Semler nichts gegeben, sondern habe eine förmliche öffentliche Erklärung verlangt. Eine solche schriftlich von Herrn Dr. Semler zu erlangen, sei Weber deshalb nach Hamburg gereist. „Aus Rücksicht auf die freistündigen Landwirthe in Oldenburg“ (2) wäre Dr. Semler aber nicht darauf eingegangen, er hätte aber ein warmes Herz für die Landwirtschaft und hätte das beweisen auf dem nationalliberalen Parteitag in Berlin, wo er einige agrarfeindliche Punkte des nationalliberalen Wahlaufsatzes scharf kritisiert und selbst gegen v. Bennigsen opponiert hätte. Er wolle gerne aussprechen, daß die Landwirtschaft bei Abschluß künftiger Handelsverträge besser als bisher berücksichtigt werden müsse, aber weitere Konzeptionen könne er nicht machen, da er nicht an die Stimmenfang angesehe (Nicht?) Herr Weber forderte die Bundesmitglieder an, für Herrn Dr. Semler zu stimmen, der ein „charakterfester“ Mann sei. (Wer sagt das?) Dergleichen wurde jedoch von Frank-Hübsfeld ganz energisch Opposition gemacht. Vorerst legte er Weber nahe, seine Behauptung, die Verarmungsbeschüsse auszuführen, auch selber zu bezeugen; er sei doch beauftragt worden, Dr. Semler unterschreiben zu lassen oder einen anderen Kandidaten zu präsentieren. Statt letzteres zu thun, hatte es Weber aber vorgezogen, mit Dr. Semler privatim zu verhandeln. Er — Frank — bezweifle übrigens ganz entschieden, daß in einer vierstündigen Unterredung keine Differenzen entstehen und nicht gegenseitig Irrthümer unterlaufen. Sei Dr. Semler wirklich agrarisch, so solle er dies auch formell erklären, „aber er spricht sich nicht rein aus, er hält mit allen Parteien, ausgenommen die Sozialdemokratie, er hat, nach Zeitungsberichten, in Oldenburg öffentlich erklärt, daß er in keinem Beziehung zum Bunde stehe und demselben auch keine Konzeptionen gemacht habe.“ Will Herr Dr. Semler nicht Farbe bekennen, so können wir auch kein Vertrauen zu ihm haben.“ Außer Weber legte sich sodann Herr Amtsrichter v. Heimburg-Schwartau für Dr. Semler ins Zeug, stellte sich selber vor als Anhänger Wisnards „sans phrase“ und erklärte, sein Mann sei eigentlich Liebermann v. Sonnenberg oder Ahlwardt, wolle er aber praktische Politik treiben, so müsse er der eigenartigen Zusammensetzung des Wahlkreises und der Parteikonstellation Rechnung tragen und für Dr. Semler stimmen. Dem vereinigten Freisinn und der Sozialdemokratie, deren Anwachsen er in Schwartau und Umgebung beobachtet könne und die auch in Oldenburg und Varel sich ausbreiten, diesen beiden Parteien würden bei 6000 Stimmen zuzählen; wie nun der Bund nicht für Dr. Semler ein, so werde der Freisinnige oder gar der Sozialdemokrat gewählt werden und vor Allem wolle man doch einen „deutschen“ Reichstag haben, den man im letzten Jahrzehnt nicht gehabt habe. Nicht was Dr. Semler öffentlich erkläre, sondern was er privatim sage, sei zu seiner Beurteilung maßgebend, da er seine öffentlichen Äußerungen, wolle er nicht die Wähler der anderen Theile des Kreises vor den Kopf stoßen, sehr vorsichtig halten müsse. Dr. Semler sei der Verursacher der Bismarck-Fadelsäge und verbiete deshalb das Vertrauen der Landwirthe. Sodann verlas Herr Heimburg nochmals das Empfehlungsschreiben Wisnards über Dr. Semler und schloß mit der Aufforderung, seinen Selbstmord zu begehen, sondern für Dr. Semler zu stimmen. Weber hob dann noch hervor, daß Dr. Semler, der auf der äußersten Rechten der nationalliberalen Partei stehe, in derselben für den

Bund ein „wichtiger Faktor“ sei, da er seine Partei „immer mehr auf's Land“, dem Bunde in die Arme drängen werde. (3) Pastor Reider-Ratkau bezeichnet die Partei Richter als „Vorläufer für die Sozialdemokratie“, behauptet, daß der Bund die Semler-Bestimmungen so schlecht beschuldigt habe und erklärt, die nationalliberale Partei sei jetzt nicht mehr „liberal“, sie werde immer mehr agrarisch und aus ihr und dem Bunde werde die wahrhaft „nationale, deutsche Partei“ erwachsen. Er (Herr Pastor Reider) sei extremer Bündler, für den Antrag Kaulz und den Vorkursismus, für den sich, wenn er international sei, auch Dr. Semler ihm gegenüber erklärt habe. (4) Die gegenwärtige Thronung den „Juden und Kapitalisten“, — die auch den Krieg zwischen Spanien und der Union gemacht hätten —, in die Schuhe schiebend, schließt der Herr Pastor seine im Kauselome vorgetragenen Ausführungen mit einem warmen Empfehlung Dr. Semlers. Weber tritt nochmals für Semler ein, fordert jedoch, daß Dr. Semler zu einer Vertrauensmänner-Versammlung eingeladen werde, da nach den Sitzungen einer solchen allein die Entscheidung zulasse; nicht einzelne Personen müßten privatim informirt, sondern alle müßten unterrichtet werden. Wenn Herr Dr. Semler nicht anders wolle, könne die Versammlung ja eine „geheim“ sein. Weber meint, er hätte Dr. Semler einmal vier und ein andermal sieben Stunden „ausgequert“, mehr werde auch die Versammlung nicht aus ihm herauszuholen können. Ein anderer Redner hält die Debesen-Franks für berechtigt, da die nationalliberale Partei die Bayern „steht über den Düssel barbiert, übers Ohr gehauen und ange-schmiert“ habe. Speziell Professor Cuneoerus habe sich „ja geradezu jämmerlich“ benommen. Aber einmal möge man dem Nationalliberalen noch Vertrauen schenken, würde man dann aber wieder angestrichelt, so müsse man aus Distanz einmal „für den Sozialdemokraten stimmen“ um die Nationalliberalen zur Rechten zu bringen. „Und dann meine Herren, das Bundesprogramm müßte doch auch nothwendig einmal revidirt werden, es geht wirklich nicht mehr damit, das kann ja kein Mensch unterschreiben, auch Dr. Semler nicht.“ Man möge aber für Dr. Semler eintreten. Der nächste Redner fordert auf, mit der Ablehnung der Kandidatur Semler doch dem Freisinn Bismarck kein Misstrauensvotum auszusprechen, ein zweiter Redner meint, man könne doch nicht für das „vaterlose Gefühls“, die Freisinnigen und Sozialdemokraten eintreten, sondern müßte für den „nationalen“ Kandidaten, für Dr. Semler stimmen. Sodann sprach Weber noch einmal für Semler und darauf auch Pastor Reider noch einmal, der Dr. Semler als einen „ausgesprochenen, ja großen Menschen“ lobte, der ein „Nationalliberaler der Zukunft“ sei. Es sei demselben hoch anzurechnen, daß er sich nicht auf Dogmen verleihe, sondern seine Ansichten den Verhältnissen entsprechend verändere, worin er „ein Leuchten des Vorbild in dem preussischen Minister von Miquel“ habe, dem er nachzueifern werde. — Frank-Hübsfeld gab den Kampf auf. „Anheil, Du bist im Auge, nimm, welchen Lauf Du willst“, so machte er denken. Die Abstimmung ergab die Annahme der Kandidatur Semler. Weber forderte dann noch zu einer Wahlfondsversammlung unter den Frauen der Bundesmitglieder auf, worauf die Versammlung mit drei dreisachen Hochs — Semler eins, Weber eins und das dritte dem Staater — geschlossen wurde.

Die Bündler haben ihn also akzeptirt, den Semler; es war voraussehen. Aber wie haben sie ihn in den Augen „charakterfester“ Leute heruntergemacht! Er will keine Stimmen fangen, ist hochbündlerisch, will sich aber aus Rücksicht auf die Stimmen der freisinnigen Landwirthe in Oldenburg nicht formell zum Bunde erklären, ja leugnet jede Beziehungen mit demselben ab — wie reimt sich das zusammen? Zwei Seelen in einem Leibel Herr Dr. Semler soll einen Keil in die nationalliberale Partei treiben, ist „charakterfest“ und nimmt sich Miquel zum Vorbilde. Wirklich ein famoser Kerl, dieser Semler, wenn Alles wahr ist! Aber auch eine nette „Sammlung“; wir sind zufrieden damit, ob Dr. Semler es auch ist, ob es die Nationalliberalen sind?

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Für die vielen Glückwünsche und bewiesene Theilnahme zu unserer Hochzeit sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den stolzen und Banarbeitern vom Bau in der Fischergrube unsern herzlichsten Dank.

H. Bodnio und Frau.

Allen denen, welche mich während meiner Krankheit bisher unterstützten, meinen aufrichtigen Dank.

A. Mann.

C. Schumann zum heutigen Wiegenfeste ein dankendes Hoch. Ein Freund.

Zu vermieten ein freundl. Zimmer an einen jungen Mann Wadenyauer 154.

Tüchtiger Acquisiteur für Lübeck von leistungsfähiger Ver. Ges. für Sterbekasse, Lebens- und Todesfall-Versicherungen gesucht gegen festen Gehalt und Provision. Off. sub H T 1856 befördert Rudolf Mosse, Hamburg.

Billig zu verkaufen eine Laube Langerreihe 9.

Zu verkaufen ein saft neuer Kammgarn-Gehroff Karlsruferstraße 23a.

Zu verkaufen ein Kinderwagen Marlesgrube 20, Hinterhaus.

Ein guterhaltener Kinderwagen ist preiswerth zu verkaufen Schlumacherstr. 5/13.

Anerkannt vorzügliches Fussboden-Oel schnell trocknend und von hohem Glanz, ist zu haben bei Ferd. Kayser Lübeck, Breiterstr. 81.

Margarine „Creme“ das Beste vom Besten, Pfund 60 Pfennig bei Gustav Magaard obere Johannisstrasse 12.

Saison-Ausverkauf. Circa 600 Stück Herrenanzüge, Herren-Sommervaleto's, Herrenjoppen, Burschenanzüge sollen wegen vorgerückter Saison zu außerordentlich billigen Preisen ausverkauft werden. Hermann Baade Special-Geschäft für elegante Herren- und Knaben-Garderoben Breitestraße 54.

Empfehle: Feinste Margarine, beste Marke Pf. 60 Pf. ff. Dilsiter Käse, Pf. 60 u. 80 Pf. ff. Gollsteiner Käse, Pf. 1 Mk. Ludw. Redlien Colonial- und Fettwaarenhandlung Schützenstraße 43a. Streichfertige Oelfarben, trockene Farben, Kohlenheer, Holzheer, Carbolinum empfiehlt billigst Ludw. Welcher, Langerreihe 2a.

Empfehle meinen täglich frisch gebrannten Malz-Kaffee gemahlen, ganzes Pf. 30 Pf. C. Stechmann, Krähenstr. 16. Feinste u. hochfeinste Margarine per Pf. 50 und 60 Pf. empfiehlt Rud. Kracht, Maged. Allee 40.

Central-Verband der Maurer. Mitglieder-Versammlung am Mittwoch den 18. Mai Abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Johannisstraße 50. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht Die örtliche Verwaltung.

W. Blumenthal's

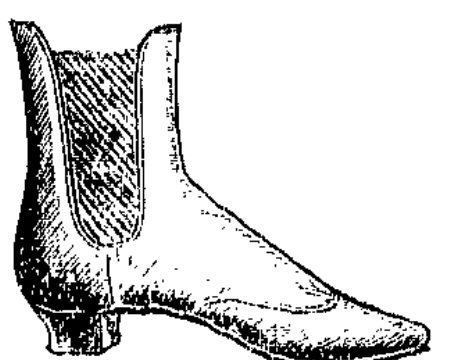








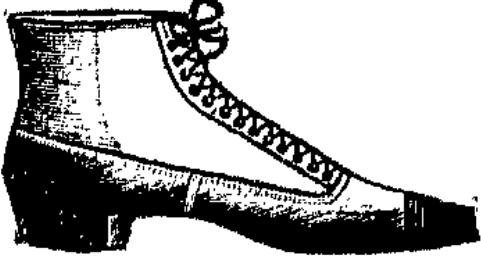
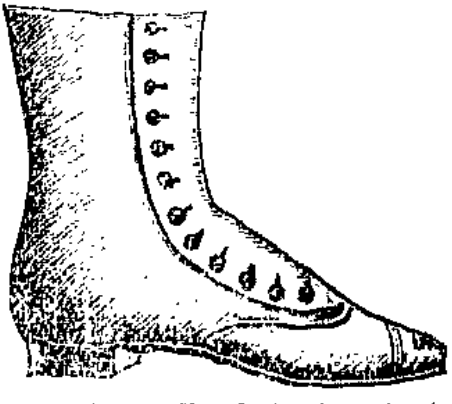












Schuhwaarenlager

Kohlmarkt, Ecke Sandstraße.

Sommersaison 1898.

Sommersaison 1898.

Als ganz besonders billig und gut empfehlen wir:

 Damen-Zugstiefel 4,50, 5,00, 5,50 bis 11,00 Mf.	 Damen-Knopf- u. Schnürschuhe mit und ohne Lad, 3,50, 4,50, 5,00 bis 7,50 Mf.	 Kinder-Schnürstiefel in allen Größen, von 1,50, 2,00, 2,50, 3,00 bis 5,50 Mf.	 Herren-Zug- und Schnürschuhe, 4,50, 4,80, 5,50 bis 7,50 Mf.	 Herren-Defah-Zugstiefel, 4,50 bis 9,00 Mf.
 Damen-Schnürstiefel, schwarz und braun, 7,50 bis 9,00 Mf.	 Damen-Spangenschuhe in schwarz, braun und grün, 3,50 4,50, 4,75, 5,00 bis 6,50 Mf.	 Starke Ohrenschuhe für Knaben und Mädchen, 1,80, 2,00 bis 2,50 Mf.	 Turnschuhe in allen Größen, für Kinder, Damen und Herren, 1,50, 2,00, 2,50 bis 3,00 Mf.	 Herren-Schnürstiefel in schwarz und braun, 7,50, 8,00, 9,00, 12,00 Mf.
 Damen-Knopfstiefel mit und ohne Ladblatt, 5,50, 6,00, 6,50 bis 12,00 Mf.	 Damen-Glieschuhe in Lad und Leder, 2,50, 3,00, 3,50 bis 4,50 Mf.	 Baby-Schuhe in braun, grün und schwarz, 1,00, 1,25, 1,50 bis 2,00 Mf.	 Herren-Strandchuhe in braun und schwarz, nur 3,50 Mf.	 Knaben-Schnürstiefel, englische Facit, 5,50 bis 6,50 Mf.
 Damen-Knopfstiefel in braun und grün, 7,50, 9,00 bis 9,50 Mf.	 Damen-Hauschuhe in Lästing u. Leder, 1,80, 2,50 bis 3,00 Mf.	 Kinder-Schuhe u. Stiefel, mit u. ohne Absatz, 1,00, 1,25, 1,50 bis 2,00 Mf.	 Herren-Schnürschuhe in schwarz, braun und grün, 4,50, 5,50, 6,50 bis 11,00 Mf.	 Herren-Stiefeletten von den ein- fachen bis zu den elegantesten, 5,50, 7,50, 9,00 bis 12,00 Mf.
 Damen-Knopf-, Schnür- und Spangenschuhe in braun u. grün, 4,50, 5,00, 5,50 bis 6,50 Mf.	 Kinder-Knopfstiefel in allen Größen, in schwarz, braun und grün, von 1,80, 2,00, 2,50 bis 6,50 Mf.	 Herren-Hauschuhe in Leder u. Lästing, 3,00, 4,00, 4,50 Mf.		

Reizende Neuheiten in leichten Haus- u. Reisepantoffeln in Leder u. Stoff
1,00, 1,25 bis 1,50 Mf.

Brecher Schuhe u. Stiefel, Arbeits-
schuhe, Damen-, Mädchen- u. Kinder-
Fußzeug, Lederpantoffel, Turnschuhe
u. empfiehlt billigst

Rud. Kracht, Nabe 40.

Achtung!
Bauarbeiter!

Mitglieder-
Versammlung

am Freitag den 20. Mai
Abends präcise 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Lohnkommission.
2. Die Lohnverhältnisse auf dem Bau Oldenburg.
3. Verschiedenes.
Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist
es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.
Der Vorstand.

Esset Quäker OATS

Schutzmarke.



Feinst präparierte, amerikanische Hafer-Speise von feinstem
Geschmack und hohem Nährwerth.

In 20 Minuten fertig gekocht.
Durchschlagen unnötig.

Jährlicher Umsatz in Amerika 800,000 Kisten.
Verschiedenartigste Verwendung.
Recepte in jedem Packet.

Schutzmarke. Ueberall käuflich in Originalpacketen mit nebenstehender Schutzmarke „Quäker“

Durch Zufall
eine Partie
Matjesheringe

in guter Qualität, 3 Stück 10 Pfg,
empfiehlt
Heinrich Koop,
Marktviere 4.

Wichtig für Jedermann ist es, Geld zu sparen.
Empfehle weiße Säcke, die sich vorzüglich
für Schürzen,
für Schlachter,
zu Handtüchern
eignen.
H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge.
Eßigfabrik u. c., Fischergrube 61.

Achtung Maler!

Des Himmelfahrtstages wegen findet die Ver-
sammlung morgen Mittwoch den 18. d. M.,
Abends 8 1/2 Uhr, statt. Tagesordnung wird in
der Versammlung bekannt gegeben.
Da in dieser Versammlung schwerwiegende
Beschlüsse zu fassen sind, so ist es dringend not-
wendig, daß sämtliche Kollegen erscheinen.
Der Vorstand.

Quartett-Verein „Amicitia“.

Gesellschafts-Abend
am Sonntag den 22. Mai
bei Herrn Frhm., „Concordia-Garten“.
Anfang 7 Uhr. Einföhrung gestattet.
Mitgliedsarten sind vorzuzeigen.
NB. Ausflug nach Wülka am Sonntag
den 19. Juni. Abfahrt 1 Uhr 32 Minuten.
Der Vorstand.

Speise-Halle Hansa
Mungstraße 24. (Mittagsstisch v. 11 1/2—2 U.)
Mittwoch: Graupenfuppe mit Rosinen, gebratene
Butt, Kartoffeln, Sauce, Salat.

Chronik auf das Jahr 1848.

18. Mai.

In Frankfurt a. M. trat Nachmittags drei Uhr die Deutsche Nationalversammlung im Kaiserpalast des Kaisers an. Zum Alterspräsidenten wurde der Syndikus Dr. Lang gewählt, worauf sich die Versammlung in Reihen zu je vieren nach der Paulskirche in Bewegung setzte. „Es war pünktlich 4 Uhr. Kanonendonner, Glockengeläute von allen Thürmen der Stadt und stürmischer Jubel einer nach tausenden zählenden Menschenmenge begleiteten den Zug, welcher sich unter Vortragung zweier deutscher Fahnen über den Römerberg durch die Neue Brücke und an der Börse vorbei nach dem westlichen Eingange der Paulskirche bewegte.“ Hier wurde die Versammlung für konstituent erklärt und darauf durch den Präsidenten das folgende Schreiben des Bundestags verlesen: „Die Macht außerordentlicher Vergehens, das Verlangen, welches sich laut in unserem ganzen Vaterland ausgesprochen hat, und der aus beiden hervorgegangene Wunsch der Regierungen haben in dieser großen Stunde eine Versammlung hierher geführt, wie unsere Geschichte sie noch niemals sah. In seinen Grundvesten hat das alte politische Leben gekeimt und von dem Jubel und dem Vertrauen des ganzen deutschen Volkes begrüßt, erhebt sich eine neue Größe, das deutsche Parlament. Die deutschen Regierungen und ihr gemeinschaftliches Organ, die Bundesversammlung, mit dem deutschen Volke in der gleichen Liebe für unser deutsches Vaterland vereint und aufrichtig huldigend dem neuen Geiste der Welt, welchen der Nationalvertreter die Hand zum Willkommen und Wünschen Ihnen Heil und Segen.“

Nach einer ergebnislosen Debatte über die Verantwortung des Schreibens nahm die Versammlung den von Most vorgelegten Entwurf einer Geschäftsordnung an. Um 7 1/2 Uhr war die erste Sitzung beendet. — Ueber die Zusammenlegung der Frankfurter Nationalversammlung mühen folgende Angaben liegen: In den ersten Tagen nach dem Zusammenritt waren gegen 400 Abgeordnete anwesend. Im August belief sich deren Zahl auf 505, darunter waren 193 Preußen, 144 Oesterreicher, 71 Bayern, 24 Württemberger, 26 Hannoveraner, 24 Sachsen, 17 Badenenser u. s. w. — Charakteristisch genug war es, daß in Oesterreich wie namentlich in Preußen das Volk in die Nationalparlamente zu Wien und Berlin vorwiegend Männer aus dem praktischen Leben, bis zu dem Bauernstand herunter, gewählt hatte, während es nach Frankfurt a. M. vorwiegend „Gebildete“ entsandte. Der weitestgehende Theil der Abgeordneten der Paulskirche gehörte den höheren Ständen an. An Zahl waren die Juristen mit 176 Beamten, Advokaten und Doctores juris, dann die Mitglieder der Verwaltungszweige am stärksten. Derjenige Beruf jedoch, welcher das geistige Leben der Reichsversammlung beherrschte, war die akademische Wissenschaft. Es saßen in dem Parlament nicht weniger als 76 Professoren aller Fakultäten, 26 Doctoren und 81 Doktoren der Philosophie, darunter die berühmtesten Namen der deutschen Hochschulen. Eine Versammlung von Gelehrten war es, welche über das Wohl Deutschlands entscheiden sollte. In der Sitzung vom 19. wurde zum Präsidenten Heinrich von Gagern, der heftige Marx-Minister, gewählt.

Die Theuerung.

In den mittleren, westlichen und südlichen Ländern des europäischen Continents macht sich die Steigerung der Getreidepreise in empfindlichster Weise bemerkbar. In Italien hat diese Theuerung zu revolutionären Ausbrüchen und zu einer blutigen Krisis geführt; in Spanien ist unter dem Druck der kriegerischen Ereignisse täglich das Gleiche zu gewärtigen, und auch aus Galizien ist von einem Theuerungstummel gemeldet worden. Frankreich und Italien haben die Getreidezölle suspendirt; in Oesterreich hat es die ungarische Regie-

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde
aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts.
Von C. Spindler.

(38. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Gerhard brumnte zu diesem alten ein bereitwilliges Ja, pflanzte sich auf ein steinern Bänklein, unsern dem Kloster, und harrete geduldig der Dinge, die da kommen sollten. Dagobert sammt Begleitern klopfen hingegen leise an das Pförtlein, und gaben auf die Frage des von innen herauspähenden Bruders die Antwort: „Fastnacht-freunde.“ Darauf öffnete sich die Kugel, und des Thürleins schwarzer Mund verschlang die Hockenden. Ein fettleibiger Klosterbruder stand vor den Eintretenden mit Lampe und Schlüsselbund, und grüßte sie, wie der bildlich dargestellte Fasching mit wankenden Knien, Blühetriefendem Munde, und in Weinesslust verkehrten Neuglein.

„O weh!“ schlürfte Dagobert den Begleitern zu, von denen indessen der zweite zuversichtlich auf den Pförtner zutrat, und ihn also anredete: „Ihr erinnert Euch wohl noch meiner, Frater Dominikus! Da sind die Freunde, von denen ich Euch gestern sprach, und hier derbeutel, der der Curige wird, sobald Ihr unsern Wunsch erfüllt.“

Der Pförtner lächelte freundlich aber ungewiß, schob den Hauptriegel vor die Thüre, und summete die erste Zeile des damals berühmten und von den Gelehrten häufig gesungenen Fastnachtliebes: „Edit Nonna, edit Clerus!“ Wollt Ihr nicht ins Stüblein treten?“ setzte er mit schwerer Zunge hinzu: „es ist warm darinnen, und wir können daselbst weiter plaudern.“

„Sind wir denn um des Plauderns willen hieher gekommen?“ fragte Dagobert leise die Seinen: „Was treibt denn der verwünschte Frater?“ Die Begleiter ermahnten ihn durch Zeichen zur Geduld. „Ad elendum nemo serus!“ brummte der Frater gleichmüthig fort, und machte seinen Gästen einen unbehilflichen und unsicheren Reverenz-

zung, die unter dem Einflusse der Junkerschaft steht, zu verhindern gewußt und im Deutschen Reich hat der Reichskanzler gegenüber der sozialdemokratischen Interpellation erklären lassen, daß es nicht in seiner Absicht liege, die Aufhebung oder Herabsetzung der Getreidezölle bei den verbündeten Regierungen anzuregen. Der Schatzsekretär von Thielmann hat die Begründung dieser Abweisung sich sehr leicht gemacht. Er hat auf die in Nordamerika und in Rußland lagernden Getreidebestände hingewiesen und glaubte daraufhin behaupten zu können, daß man von „einem absoluten Mangel an Brodkorn“ nicht reden könne; auch meinte er, eine Aufhebung der Getreidezölle würde der Spekulation Thor und Thür öffnen. Die Preissteigerung sei nur eine vorübergehende Folge des spanisch-amerikanischen Krieges.

Mit all diesen wohlgedrehten Redewendungen hat der Schatzsekretär aber die Thatsache nicht verdecken können, daß der Reichskanzler sich mit dieser Haltung wieder nachgiebig und gefällig gegen die „Freunden“ Junker und Agrarier gezeigt hat.

Der Schatzsekretär bestreitet eine gefährliche Spekulation erst von der Aufhebung der Getreidezölle. Er selbst aber hat einen Bericht des deutschen Generalkonsuls in Rußland verlesen, in dem es heißt, die alten Bestände müßten in Rußland noch groß sein, aber sie kämen erst zum Vorschein, „wenn die Preise anziehen.“ Ist das etwa keine Spekulation? Der spanisch-amerikanische Krieg hat zur Erhöhung der Getreidepreise beigetragen, aber er hat sie nicht allein verursacht. Es ist von vielen Seiten darauf hingewiesen worden, daß in Folge der Aufhebung des Identitätsnachweises und der Herabsetzung der Ausfuhrtarife in der letzten Zeit eine ungewöhnlich starke Ausfuhr von Weizen und Roggen aus Deutschland stattgefunden hat. Im Reichstage hatte unser Parteigenosse Schippel nachdrücklich auf diesen Umstand hingewiesen; der Schatzsekretär hat dies kaum beachtet, sondern hat einfach erklärt, es sei ungerath, wenn die Landwirtschaft, die vorher niedere Preise gehabt, sich nun nicht auch der höheren erfreuen sollte!

Die Bestände in Rußland sind sonach ein schlechter Trost und es steht zu befürchten, daß die Theuerung des Getreides anhält. Mit der Aufhebung des Zolles hätte man, wie Schippel bemerkte, einer Arbeiterfamilie von fünf Köpfen eine Ausgabe von jährlich dreißig Mark ersparen können. Nun wird das Emporschwellen der Preise des Getreides, resp. des Brodes von allen Seiten gemeldet; theilweise erreicht die Steigerung schon fünf und zwanzig Prozent, und es ist noch nicht abzusehen, ob dies der Höhepunkt bleiben wird, denn die Spekulanten und Kornwucherer sind an der Arbeit, und ob der spanisch-amerikanische Krieg ein so schnelles Ende nehmen wird, wie man hofft, das ist durchaus nicht sicher.

Unter solchen Umständen muß der rundweg ablehnende Standpunkt der Regierung gegenüber der Frage einer Zollermäßigung denn doch sehr bedenklich erscheinen. Er erscheint noch bedenklicher, wenn sich die Meldung eines süddeutschen Blattes als richtig erweist, wonach man in

Begierungsreisen sich mit der Hoffnung trägt, bei der Erneuerung der Handelsverträge die Zollernahmen des Reiches abermals um 200 Millionen Mark erhöhen zu können. Sind Herr Miquel und Graf Posadowsky die Väter dieses Gedankens?

Selbstverständlich soll der Haupttheil dieser Neuerung aus den Zöllen auf landwirthschaftliche Produkte gezogen werden. Die Getreidezölle haben bis jetzt schon 146 Millionen eingebracht, die natürlich nicht nach dem bekannten Bismarck'schen Trugschluss das Ausland, sondern das deutsche Volk in den Brodpreisen bezahlt. Wenn diese Auflage um mehr als die Hälfte gesteigert, und wenn auf Getreide ein Zoll von 7 bis 8 Mark gelegt werden soll, wie man beabsichtigt, dann gehen wir in die permanente Theuerung hinein.

Die gegenwärtige Situation ist nur ein Vorgeschnack kommender Leiden, wenn das deutsche Volk sich bei den kommenden Wahlen nicht aufrast und den Deutzigen der Agrarier ein für allemal ein Ende macht. Es ist die letzte Gelegenheit, wenigstens vorläufig; sie kommt dann so bald nicht wieder, wenn einmal die Zollerhöhung festgelegt und damit die Theuerung permanent geworden ist.

Dabei haben wir doch auch keine irgendwie sichere Garantie, daß der Weltfrieden erhalten bleibt. Wenn der Krieg zwischen Spanien und Nordamerika schon solche Störungen und Preissteigerungen bewirken, wenn er schon solche Chancen für die Spekulanten und Preisreiber schaffen kann, was soll dann werden, wenn einmal ein Krieg entsteht, woran die großen Seemächte theilhaftig sind? Dann können die Völker sich auf den bittersten Mangel gefaßt machen und die Kornwucherer werden Schätze aufhäufen.

Man sieht, wie die Umrisse des großen Feldzugsplans der Junker immer deutlicher sichtbar werden. Mit rücksichtsloser Energie verfolgen sie das Ziel, dem Volke hohe und höchste Preise für die nothwendigsten Lebensmittel zu diktiert. Auf die Verdrückung der Handelsverträge oder deren Umwandlung nach ihrem Geschmack werden sie mit aller Macht hinarbeiten. Sie kümmern sich nicht um den sinkenden Mittelstand, nicht um die elenden Löhne der Arbeiter, nicht um die schon so sehr herabgedrückte Lebenshaltung des Volkes im Allgemeinen — sie heischen für sich die goldenen Früchte der „nationalen Arbeit“, die sie zu schützen vorgeben, während sie dem Arbeiter schier unerschwingliche Lasten auferlegen.

Sie werden ja nicht Alles verwirklichen können, wovon sie träumen. Aber immerhin ein gutes Stück davon, wenn die Neuwahlen danach ausfallen. Sie haben ihren Einfluß auf die Regierung. So hartnäckig diese ist, wenn es sich um Forderungen der Arbeiterklasse handelt, seien sie nun wirtschaftlicher oder politischer Natur, so nachgiebig sind unsere Staatsmänner gegen das Junkerthum. Sie gehen dabei von dem verhängnisvollen Irrthum aus, diese verkrachende Kaste sei eine der Hauptstützen des Staates, während umgekehrt sich das Junkerthum nur noch durch die Hilfe des Staates erhalten kann. Wenn heute das ganze Junkerthum mit einem Schlag verschwinden würde, so wäre dadurch der Fortbestand der

„Wollt Ihr Euch nicht niederlassen, meine werthen Herren und Freunde? Ein Tröpflein Weins schadet nicht.“

Er setzte einen ungeheuren Weinkrug an den begehrlichen Mund, schlürfte einen guten Schluck, und reichte das Trinkgefäß seinen Nebenmann, nachdem er mit dem Nerkel den Rand abgewischt hatte. „Bibit ille, bibit illa!“ sang er weiter, jedoch sich selbst unterbrechend durch Rede und Frag: „Trinkt herzhast, ihr Männer; 's ist vom Guten! Bibit servus cum ancilla.“

Sol so! jetzt sagt an... was steht zu Diensten?“ „Ei, Dominik! habt Ihr denn bereits vergessen, was wir ausmachten?“ fragte einer von Dagoberts Begleitern entgegen, während der junge Mann einen ziemlich vernünftlichen: „Schafslopp!“ laut werden ließ. Der trunkene Frater zog dem Offenerzigen ein scheel Gesicht, vergaß aber auf der Stelle die Beleidigung, und fiel wieder in sein voriges Lied: Bibit abbas cum priore!

Hm! wenn mir recht ist... hm! hm! bibit cozus cum factore... Was wollt ihr sagen... helft mir doch wieder ein wenig auf die Spur, ihr Herren!... et pro rege...“

„Zum Donner!“ unterbrach ihn der warmblütige Dagobert: „Wir wünschen den armen gefangenen Mann heimzuzufuchen, den Du zu hüten hast, und ihm zur Fastnacht ein wohlgemeint Geschenk zu bringen.“

„So! so!“ erwiderte der Pförtner, sich bedächtig im Kreise umschauend, und das Köpfelein lüftend: „Der Reker verdient's gar nicht, daß wackre Leute ihn heimzuzuchen. Et pro rege et pro papa...“

„Macht voran!“ drängte einer von den andern: „Den Lohu habt Ihr empfangen. — An der Thüre des Gewölbes könnt Ihr unser harren; in einer halben Viertelstunde ist's abgethan, und Ihr habt das Geld verdient — wir unser Gelübde gelöst. Randert nicht. Es ist keine Gefahr dabei. Eure Vorgesetzten...“

„Bibunt vinum sine aqua!“ tremulirte Dominikus dazwischen, und griff nach der Lampe: „Ihr habt jedoch den besten Augenblick erwählt...“ stammelte er fort-fahrend: „Der Prior und die meisten Herren sind draußen

in der Stadt, und die Uebrigen — hm! sie sitzen oben am Spiel und Trunt, und haben mehr zu thun, als sich um den verdammten Reker zu bekümmern, dem Ihr eine unverdiente Ehre erweisen wollt.“

„Laßt uns aufbrechen!“ mahnte Dagobert inständig, schob dem Pförtner das gewaltige Schlüsselgebund in die sehtappende schwammige Faust, und ihn selbst vor sich her zur Thüre. „Et pro papa et pro rege!“ intonirte der Mensch mit einer Löwenstimme, da sie in den Kreuzgang traten. „Um des Himmelswillen! schweigt!“ flüsteren ihm die Nachschleichenden unter ängstlichen Rippenstößen zu; er ließ sich jedoch nicht irre machen, schlürfte in seinem Elefantenschritte fort, und von seinem: Bibunt omnes sine lege! halte das Gewölbe wieder. Alles blieb auf dieses, wahrscheinlich zu dieser Zeit gar nicht ungewohnte Geplärre ruhig; nur im fernen Refektorium war ein wüstes Gejohle hörbar; ein Beweis, welchen Geschäften der Konvent oblag, und eine gute Vorbedeutung für die drei Fremdlinge, deren Vordermann sie eine lange Treppe, von mehreren Pforten verschlossen, hinunterführte, an deren Ende seitwärts eine ganz niedere mit Eisen schwer beschlagene Thüre öffnete, und die Besucher hindurch kriechen ließ. „Bibunt primum et secundo“ summete er währenddessen, und rief dann in das tiefgewölbte Kerkerloch hinein: „Steht auf von Eurem Stroh! verruchter Abtrünniger — donec nihil sit in fundo — und ihr, meine Herren, faßt euch kurz.“

Dagobert schauderte, da er beim Schein der Lampe das entsetzliche Gefängniß gewahrte, in welchem ein Unglücklicher mit langem Barte und in dürrer Kleidung einem rechtslosen Urtheil entgegen schmachete. „Vater Johann! Vater Johann!“ riefen des Jünglings Begleiter mit von Thränen halb ersticker Stimme, und warfen sich zu den Füßen des Eingekerkerten. Dieser erhob sich mühsam in seinen Fesseln von dem nassen Lager, und hielt die Hände vor die, von ungewohntem Lichtstrahl geblendeten Augen, aber sein Ohr hatte die bekannten Stimmen vernommen, und sein Herz mit einer, diesem Schreckensorte fremden, freudigen Nührung erfüllt. „Ist das nicht

Gesellschaft keine Minute in Frage gestellt; im Gegenteil würde sie von einer brüderlichen Last befreit sein. Das Junkertum dagegen kann keinen einzigen Tag bestehen, ohne daß andere Klassen der Gesellschaft für dasselbe arbeiten; es müßte ohne dies elend zu Grunde gehen.

Und um eine solch' rücksichtsvolle Schicht zu konserviren, sollen unsere öffentlichen Ausgaben in's Ungemessene vermehrt werden.

Auf die Dauer wird das niemals gehen; das vor zwanzig Jahren von Bismarck begonnene Werk, die bürgerliche Gesellschaft so viel wie möglich wieder zu feudalisiren, wird am Geiste der Zeit scheitern.

Lübeck und Nachbargebiete.

17. Mai.

Sanftentliche Invaliditäts- u. Altersversicherung. An Anträgen auf Gewährung von Renten sind eingegangen: a. an Altersrenten in der Zeit vom 1. Januar bis 30. April 1898 zusammen 99, b. an Invalidenrenten in der Zeit vom 1. Januar bis 30. April 1898 461, mithin seit Beginn des Jahres 1891 7899 Rentenansprüche. Von den Anträgen auf Altersrente entfallen auf das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck 677 und von den Anträgen auf Invalidenrente auf Lübeck 491. Von den Anträgen auf Altersrente sind bis Ende April 1898 erledigt 8920, und zwar 2885 durch Rentengewährung, 886 durch Ablehnung und 49 auf sonstige Weise. Von den Altersrentenempfängern sind inzwischen ausgeschieden 870, von diesen sind verstorben 826. Von den Anträgen auf Invalidenrente sind bis Ende April 1898 erledigt 4908 und zwar 3288 durch Rentengewährung, 935 durch Ablehnung und 140 auf sonstige Weise. Von den Invalidenrentenempfängern sind inzwischen ausgeschieden 887, von diesen sind verstorben 910. Auf Lübeck entfallen 354 Alters- und 272 Invalidenrenten. Die Zahl der bis jetzt gewährten Renten macht 888 704,20 Mk., von welchem Betrage 257 516,40 Mk. für die inzwischen ausgeschiedenen Rentenempfänger abzusetzen sind. An Anträgen auf Rückzahlung der Beiträge sind eingegangen: Anträge gemäß § 20 des Gesetzes: im Laufe des Jahres 1895 425, im Laufe des Jahres 1896 2302, im Laufe des Jahres 1897 3226, in der Zeit vom 1. Januar bis 30. April 1898 957. Anträge gemäß § 21 des Gesetzes: im Laufe des Jahres 1895 83, im Laufe des Jahres 1896 377, im Laufe des Jahres 1897 609, in der Zeit vom 1. Januar bis 30. April 1898 244, zusammen 823. — Von diesen 823 Anträgen entfallen auf Lübeck 643. Davon sind erledigt durch Rückzahlung 7262, durch Ablehnung 641, auf sonstige Weise 86, zusammen 7989, mithin unerledigt 284.

Uebersicht der Lebenden und Gestorbenen in der Stadt Lübeck im Monat April 1898. Geboren sind 208 Kinder, davon 96 männlichen, 110 weiblichen Geschlechts, todtgeboren 7 Knaben, 4 Mädchen. Gestorben sind 61 Personen männlichen, 64 weiblichen Geschlechts, in Summe 125. Demnach Ueberschuß an Geburten 85 resp. 46, insgesammt 81. Auf 1000 Einwohner waren 84,04 Geburten, 20,06 Sterbefälle zu verzeichnen. Von den Gestorbenen waren alt bis zu 1 Jahre 35, von 1-5 Jahren 9, bis zu 10 Jahren: 1, bis zu 15: 2, bis zu 20: 0, bis zu 30: 8, bis zu 40: 8, bis zu 50: 7, bis zu 60: 8, bis zu 70: 15, bis zu 80: 24, bis zu 90: 7, über 90 Jahre: 1. Die Todesursache war Diphterie in 1, Keuchhusten in 2, Tuberkulose in 10, Lungentuberculose in 5, entzündliche Krankheiten der Athmungsorgane in 17, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall und Atrophie der Kinder in 9, Folgen des Wochenbetts in 3, Krebs in 14, angeborene Leibeschwäche in 5, Altersschwäche in 15, Unfalltod in 0, Selbstmord in 8, Herzleiden in 5, Krämpfe in 7, Nierenleiden in 1, Wassersucht in 0, Schlagfluß in 11, Typhus in 1, sonstige Krankheiten in 16, unbekannt in 11 Fällen. Von den Gestorbenen entfielen auf die Stadt 64, Vorstadt St. Jürgen 11, St. Lorenz 28, St. Gertrud 10, die Krankenanstalten 17.

m. Strafkammer. Sitzung vom 14. Mai. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde gegen die geschiedene Ehefrau Bruhns und den mit ihr in wilder Ehe lebenden Arbeiter Dosegen. Widart verhandelt. Die B. ist wegen Ruppellei, D. des Verbrechens der Unzucht und Verführung, begangen an der Tochter der B., angeklagt. Dem D., welcher leugnet, wird durch Zeugen nachgewiesen, daß er schon im Jahre 1891 mit dem damals erst zwölfjährigen Schulmädchen B. unzüchtige Handlungen vorgenommen hat. Er wird

dieserhalb zu 1 1/2 Jahr Zuchthaus und 2 Jahr Ehrverlust, die B., welche um das Treiben ihrer Tochter gewußt und dasselbe geduldet hat, zu 1 Jahr Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust verurtheilt. Beide werden sofort abgeführt. — Freigesprochen wird der Gastwirth P. von hier, welcher angeklagt ist, durch Nöthigung und Drohung einen unberechtigten Vermögensvorteil verschafft zu haben. Aus der Verhandlung, zu welcher 9 Zeugen erschienen sind geht hervor, daß die Sache aus einer solennen Kneiperei resultirt, bei welcher ein Kaufmann B. aus N. eine nicht grade glänzende Rolle spielte. Dieser Herr hat nämlich eines Abends im Lokale des Angeklagten die anwesenden Gäste mit Bier und Rothwein traktirt. Als die Beche nun auf 47 Mk. 50 Pf. angewachsen war und der Wirth „Nies“ sehen wollte, entdeckte der spendable Becher plötzlich Ebbe in seiner Vorse. In den daraufhin entstandenen Streitigkeiten will B., wie er in der Anzeige an die Staatsanwaltschaft behauptet, zur Unterzeichnung eines Wechsels über 67,50 Mk. gezwungen sein durch die Drohung des Wirthes, er werde ihm die Knochen laput schlagen. Da jedoch sämtliche Zeugen zu Gunsten des Wirthes aussagten, erfolgte Freisprechung und hat der Staat somit die Kosten der Geschichte zu tragen. — Erfolgreiche Berufung. Der vielfach vorbestrafte Arbeiter A., welcher vom Schöffengericht wegen Betteln zu drei Wochen Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde verurtheilt war, hat sich an die Berufungsinstanz gewandt. Diese entscheidet dahin, daß durch die vierzehntägige Untersuchungshaft das „Vergehen“ des Angeklagten gesühnt und die Ueberweisung aufzuheben sei. Der Präsident legt dem glücklich dem Zwangsarbeitshause Entronnenen dringend an's Herz, sich schnelligst Arbeit zu verschaffen.

Apennin. Durch das plötzliche Verschwinden des Rechtsanwalts Arp hier selbst wird eine große Anzahl hiesiger Geschäftsleute in arge Mitleidenschaft gezogen; fast ausnahmslos sind es ganz ansehnliche Summen, die Schlachter, Buchhändler, Tischler und Andere verlieren. Auch dem Ausreißer andertraute und einziehende Gelder sind von ihm unterschlagen worden; ein Landmann im hiesigen Kreise verliert 10 800 Mark, welche dem Rechtsanwalt zur Unterbringung übergeben waren. Die werthvollen Möbel, die bei hiesigen Tischlern gekauft, jedoch nicht bezahlt wurden, hat der leichtsinnige Mensch vorher an einen hiesigen Bürger verkauft. Freunde und Bekannte hat er auf die raffinierteste Weise angepöppelt, und selbst der Schreiber des Herrn Rechtsanwalts und Kgl. Notars und der Kassier eines hiesigen Hotels sind um ganz bedeutende Beträge beschwindelt worden. Arp hat sich übrigens inzwischen der Polizei in Hamburg gestellt und ist verhaftet worden.

Flensburg. Dänische Reichstagskandidaturen. Der Nordschleswigsche Wählerverein hat nunmehr auch einen Wahlausruf erlassen und für die Wahlkreise Habersleben-Sonderburg, Flensburg, Apennin u. Tonbern-Husum eigene Kandidaten aufgestellt, und zwar für den erstgenannten Kreis den hiesigen Abgeordneten Gustav Johannsen, für den zweiten Kreis den Hofbesitzer C. P. Wolff-Gammelgab, Gemeinde Brocker, und für den letztgenannten Kreis den Redakteur F. Jessen-Flensburg. Die Stimmenzahl der Dänen ist im erstgenannten Wahlkreise seit 1871 von 12 408 auf 9587 heruntergegangen, im zweiten Wahlkreise von 5784 auf 3180 und im letztgenannten Kreise von 2921 auf 1596 Stimmen. Es kann also für die Dänen nur

der Wahlkreis Habersleben-Sonderburg in Betracht kommen.

Kostod. Ein partikularistischer Wahlausruf. Die deutsch-meklenburgische Rechtspartei erläßt nun auch einen Wahlausruf, in dem sie sich über die Entwicklung des deutschen Reichs zum Einzelstaate beschwert; sie wollen „den föderativen (bündlerischen) Charakter der Reichsverfassung gegen alle zentralistischen (einheitsstaatlichen) Bestrebungen vertheidigen“ und „der modernen Ueberordnung der militärischen Interessen über alle anderen auf das Entschiedenste entgegenzutreten“. Die militärische Entwicklung der letzten 30 Jahre ist für unser Volk geradezu ein nationales Unglück zu nennen. Insbesondere wir in Mecklenburg können ein Lied davon singen; denn durch nichts wird gerade unsere Landwirtschaft, wird auch unser Handwerk, unsere Schiffahrt, überhaupt jeder produktive Stand so schwer geschädigt, wie durch das moderne Militärwesen. Der Wahlausruf wendet sich ferner gegen die Vergrößerung unserer Kriegsstärke, gegen die bisherige Schuldenwirtschaft, gegen die Kolonialpolitik, gegen die Vernachlässigung der Kulturaufgaben und gegen die Ungerechtigkeiten der indirekten Besteuerung. Es heißt dann weiter: „Was im Uebrigen die Bekämpfung der Sozialdemokratie betrifft, von der wir uns durch eine unüberbrückbare Kluft geschieden wissen, so können wir diesen Kampf nur vom Standpunkte des Rechts aus für erlaubt und Erfolg versprechend halten. Wenn wir als Anhänger des Rechts uns gegen jede Ausnahme-gesetzgebung erklären, so dürfen wir daran erinnern, daß das sogenannte Sozialistengesetz mit seinen polizeilichen Duldereien und Willkürmaßregeln sich als das wirksamste Mittel zur Beförderung der Sozialdemokratie erwiesen hat.“

Aus Nah und Fern.

Ein trauriges Geschehnis hat ein langjähriger Prozeß über eine Familie in Schlagsdorf, Fürstenthum Rügen, gebracht. Der Mann hatte die Schwester eines Hauswirthes in dem benachbarten Schlagsbrügge geheirathet und längere Zeit dessen Hofstelle verwaltet. Da nach seiner Ansicht der Eigenthümer nicht ganz normal war, so rebete er sich ein, die Stelle für sich beanspruchen zu dürfen. Es wurde ein langathmiger Prozeß geführt, der dem Kläger im Laufe der Jahre sein ganzes Vermögen kostete. Nachdem die Klage in allen Instanzen abgewiesen war, mußte er, jeglicher Existenzmittel beraubt, dem Armenhause überwiesen werden. Hier sind nun Weibe, Mann und Frau, dem Wahnsinn verfallen, weshalb sie dem Irrenhause übergeben werden mußten.

Eine verdeckte Brücke. Die Oberrückel beim Bahnhof Bentschen ist, wie die „Bill. Nachr.“ mittheilen, um 6 Meter verschoben worden. Die Brücke ist 70 Meter lang und 3000 Zentner schwer. Als der Personenzug nach Wollstein die Brücke in ihrer alten Lage zum letzten Male passirt hatte, begannen 40 Mann die Arbeit. Schon nach wenigen Minuten sah man, wie die mächtige Brücke in Bewegung gerieth und nach 47 Minuten war die eigentliche Verschiebung beendet. Der Ausführung der Translation waren natürlich umfassende Vorarbeiten vorangegangen.

Der Sohn des verstorbenen Zuckerkönigs Theodor Havemeyer, Charles, wurde Dienstag Nacht todt in dem Bibliothekszimmer seines Landhauses in Roslyn bei New-York aufgefunden. Neben ihm lag ein rauchender Revolver. Havemeyer hatte sich eine Kugel in die Stirne gejagt.

Graf Ohlum? fragte er bewegt; „ist das nicht der edle Herr von Langenbrock? Ach, ihr meine unglücklichen Freunde... was führt Euch in meinen Kerker?“

Lange konnten die zu seinen Füßen Schluchzenden nicht Worte finden, und Dagobert lauschte besorgt nach dem vor der Thür gebliebenen Frater. Von demselben war jedoch keine Unterbrechung zu befürchten. Neben der auf der Schwelle gestellten Lampe sitzend, hatte er sich mit der Bählung seines leicht erworbenen Geldes beschäftigt, und war dabei eingeschlafen. „Eilt, eilt, edle Herren;“ raunte der junge Altbürger den böhmischen Bedienten zu: „der Augenblick ist sicher, aber sehr kostbar!“

„Wahrhaftig!“ begann der Graf dringend: „Dich zu befreien sind wir hier! Eile, nur zu willfahren. Hütle Dich in dieses, mein Gewand. Es ist weit genug, Dich und Deine Ketten zu verbergen. Diesen jungen Mann, der unter der Larve der Thorheit den männlichsten Willen und den glühendsten Eifer für das Recht verbirgt, der schon einmal eine Dir zugefügte Beleidigung edelmüthig rächte, haben wir ersehen, Dich aus der Stadt zu bringen. Er kennt alle Schliche, und die Wege rund um im Land; er und Langenbrock schaffen Dich über'n See ins Schweizerland, von wannen sichere Freunde Dich nach der Heimath führen werden. — Fliehe, fliehe, es drängt die Zeit.“

„Träume ich denn?“ fragte Fuß, bestürzt um sich schauend. „Steht es denn so schlimm mit mir, daß solche Flucht nothwendig wäre?“

„Fürchte alles,“ entgegnete Langenbrock, „Deinem Haupte droht höchste Gefahr.“

„Und ich sollte nicht der Gefahr gedenken, in welche sich der an meiner Statt zurückbleibende Freund stürzen wird?“ fuhr Fuß mit ernstem Vorwurf fort.

„Mein Schicksal kümmere Dich nicht,“ unterbrach ihn der Graf. „Von Dir hängt die Freiheit unserer Kirche, unseres Glaubens ab. Laufend meiner Landsleute

können sechten wie ich; wie Du zu reden vermag keiner außer Dir.“

„Kommt, kommt, würdiger Herr,“ setzte Dagobert bei, „wir meinen's redlich, und das Glück für heut nicht minder. Morgen ist's zu spät.“

„Wer sagt Euch,“ sprach der Gefangene mit erhobener Sanftmuth, „wer sagt Euch, daß ich morgen anders gesinnt sein könnte, denn heute? Ich würde zum Lügner an meiner Lehre, wollte ich diesen Kerker feig verlassen. Das Wort ist ewig, und muß den Sieg erringen. Nicht ich bin zu beklagen in meiner Schmach, denn mich bedienen Engel in dieser dunkeln Gruft; wohl aber diejenigen, die ihren Eid gebrochen haben und den Starken vertilgen wollen in dem schwachen Gefäß, daß er sich aus-erlesen. Gehet meine Freunde, meinen Dank für Eure Aufopferung, doch Euch zum Frommen willige ich nicht darein.“

„Grausamer!“ seufzte der Graf, „Du rennst in Dein Verderben. Unwiderbringlich verloren bist Du. An Wenzels Thron bist Du sicher, in Sigismunds Gewalt des Todes.“

„Unnütze Furcht,“ lächelte Fuß wie ein Verkürter, „Ich bin geweiht vor dem Altare des Herrn, an meinem Haupte werden sie sich nicht vergreifen und aus den Fesseln, die den Leib belasten, wird mich der Höfste befreien, wenn das Werk vollendet ist.“

Ungebuldig ob solchen Starrsinn stampfte Dagobert mit dem Fuße und die Böhmern umschlangen mit liebevollem Ungeflüm die Knie des Verzagenden, mit Worten und Thränen ihn bekämpfend. Sein Entschluß, fest wie ein Fels, begann zu wanken, seine abweisende Strenge wich dem vereinten Bemühen der Freunde, — schon gab er nach; schon ward die Möglichkeit einer nahen Freiheit reizend für seine in Kerkeracht erstorbenen Sinne, schon griff seine Hand zögernd nach dem Rettungsgewande, . . . als es mit einem Male über den Häuptern der Befreier lebendig wurde.

Von ferne, die Treppe herab lönte ein beunruhigendes Laufen und Rennen, Getöse von Stimmen, zugeschlagenen Thüren, entfernten Waffentklang.

„Wir sind verloren!“ flüsterte Langenbrock erschrocken, und Dagobert fuhr auf wie ein Sturm.

„Die Zeit ist versäumt!“ rief er. „Schreibt es Euch selbst zu, eigensinniger Mann. Wenig würde es Euch jedoch helfen, gingen wir um der ungeschriebenen That willen zu Grunde. Wer Muth hat, folge mir frank und frei. Vielleicht bietet sich bald eine andere Gelegenheit zur Rettung.“

Diese Aufforderung, verbunden mit dem so natürlichen Gefühl der Selbsterhaltung, wirkte auf den Gefangenen und seine Freunde. Der Erstere beschwor die Ueberraschten, sich dem Unheil zu entziehen, ihn ruhig seinem Schicksale zu überlassen; die Letztern stürzten, da das Getümmel lauter wurde, mit der Schnelligkeit des Hirsches aus dem Kerkergebölde, die Treppe hinan. Dagobert voran stürmend wie eine Windsbraut. Den fest eingeschlafenen Frater weckte sein Gefangener selbst, und ermahnte den Laumelnden, doch die Thüre zu verschließen, damit ihm nicht die Luft anwandeln möchte, seine Haft zu verlassen. Kopfschüttelnd über diese seltene Bitte, gewährte sie der trunkene Dominikus, und schleppte sich langsam die Stiege hinan. Indessen war oben alles in Aufruhr gekommen. Die Veranlassung zu der ganzen ungeitigen Störung hatte der vor dem Kloster auf einer Steinbank dahingebürdete Gerhard gegeben, da seine in Schlaf- und Weinlaß blinzeln den Augen zwei Klosterherren erblickten, die, satt von den Freuden des Tages, sich behaglich nach ihren Betten zurückzuwälzen im Begriff waren. Seines Wortes eingedenk, Niemand hindurch zu lassen, glaubte er sehr wohl zu thun, wenn er auch diese Klosterbewohner von ihrer Klausur zurückhielt.

(Fortsetzung folgt.)